

### **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

#### **Humanitäre Sprechstunde unverzüglich wieder eröffnen!**

Das Gesundheitsamt Bremen hat die Humanitäre Sprechstunde geschlossen, in der seit 2009 Menschen gesundheitlich versorgt werden, die ohne Pass und Aufenthaltstitel in Bremen leben. Die Zahl der Menschen, die in Bremen ohne Aufenthaltspapiere oder Krankenversicherung leben, wird auf mehrere Tausend geschätzt. Sie sind auf die Humanitäre Sprechstunde angewiesen, da sie sonst keinerlei Gesundheitsversorgung haben. Die Humanitäre Sprechstunde ist an zwei Tagen die Woche geöffnet, eine Allgemeinmedizinerin und eine Gynäkologin versorgen die Patientinnen/Patienten. Unter den Patientinnen/Patienten sind viele Schwangere, Menschen mit Akuterkrankungen, aber auch solche, die verschreibungspflichtige Medikamente benötigen. Die Humanitäre Sprechstunde arbeitet mit Fachärztinnen/Fachärzten und Kliniken in Bremen zusammen, die bereit sind, Menschen ohne Papiere unentgeltlich zu behandeln. Bereits im ersten Jahr nach der Einführung der Sprechstunde wurden 116 Patientinnen/Patienten beraten und 233 Behandlungen vermittelt. Die Nachfrage hat seither stetig zugenommen. Absehbar wird der Bedarf an anonymer Gesundheitsversorgung durch die Verschärfungen im Asyl-, Sozial- und Jugendhilferecht weiter steigen.

Die Humanitäre Sprechstunde ist damit ein unverzichtbarer Baustein in der Gewährleistung von Gesundheitsversorgung für alle. Der Zugang zu ärztlicher Versorgung und Medikation darf niemandem verweigert werden. Die Schließung der Humanitären Sprechstunde hinterlässt eine existenzielle Lücke bei der Gesundheitsversorgung in Bremen, ihre Schließung ist daher inakzeptabel.

Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht, auch für Menschen ohne Papiere. Die Humanitäre Sprechstunde muss sofort wieder eröffnet werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Humanitäre Sprechstunde umgehend wieder zu eröffnen und dauerhaft sowie bedarfsgerecht abzusichern.

Sophia Leonidakis, Peter Erlanson,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE